

## GROSSER RAT

GR.23.343

### VORSTOSS

#### Interpellation Miro Barp, SVP, Brugg, vom 7. November 2023 betreffend Sicherheit im Öffentlichen Raum

---

##### Text und Begründung:

Am 21. Oktober verhaftete die Polizei in Windisch einen 25-jährigen Algerier, der sich gleichentags um 13.00 Uhr an einer 36-jährigen Frau vergangen haben soll. Am 25. Oktober ereignete sich in Rheinfelden ein ähnlicher Vorfall (AZ vom 26.10.2023). Vor einem Jahr vergewaltigte ein im Bundesasylzentrum Brugg untergebrachter Marokkaner eine Frau (AZ vom 26.10.2023).

Diese und weitere Vorfälle führen dazu, dass sich Frauen im Raum Brugg (und anderswo) nicht mehr sicher fühlen und bestimmte Orte meiden. Eltern bangen um die Sicherheit ihrer Kinder. Die Zuspitzung der Problematik im Raum Brugg hängt zum Teil mit der verhängnisvollen Konzentrierung von Angeboten für asylsuchende, psychisch kranke und suchtmittelabhängige Menschen in dieser Region zusammen (Interpellation Barp vom 29. August 2023 betreffend Risikoanalyse für die Sicherheit im Umfeld der Bundes-Asylzentren im Kanton Aargau). Ausserdem ordnen unsere Gerichte die in den Art. 66 StGB und 121 BV vorgesehene Ausschaffung von kriminellen Ausländern zu wenig konsequent an. Gemäss dem Zürcher Sicherheitsdirektor Mario Fehr (SP) sind zum Beispiel 90 % der abgewiesenen Algerier Intensivtäter (NZZ vom 15.12.2021).

Auf Grund dieser Situation drängen sich folgende Fragen auf:

1. Wird der Regierungsrat Massnahmen treffen, um der abnehmenden Sicherheit im öffentlichen Raum entgegenzuwirken?
2. Die Erfahrung zeigt, dass Aufnahmen von Überwachungskameras in bestimmten Fällen zur Verhaftung von Straftätern nach Gewalt- und Eigentumsdelikten führen können. Ist es aus Sicht des Regierungsrats zielführend, vermehrt solche Kameras an Hotspots zur Verbesserung der Sicherheit und des Sicherheitsgefühls von Anwohnenden sowie Passantinnen und Passanten zu installieren.
3. Sieht der Regierungsrat andere wirksame Mittel, um die Sicherheit an neuralgischen Punkten wie z. B. dem Raum Aareufer Brugg zu verbessern?
4. Welchen Aufenthaltsstatus hatte der Algerier, der sich am 21. Oktober in Windisch an einer Frau vergangen haben soll?
5. Es sind Angehörige bestimmter Nationalitäten, die gehäuft als Straftäter in Erscheinung treten (z. B., wie erwähnt, abgewiesene Asylsuchende aus Algerien). Ist es möglich, diese eng umschreibbare Hochrisikogruppe einer besonders engmaschigen Kontrolle zu unterziehen (es geht dabei keineswegs um Racial Profiling, sondern um risikoorientierte Prävention)?

Mitunterzeichnet von 21 Ratsmitgliedern